

Frage 11

Wann können die Polizistinnen und Polizisten mit einer Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten auf mindestens 5 Euro rechnen? Wird diese Zulage dynamisiert?



GdP-Forderung: Anhebung der Zulage für DuZ auf mindestens 5 Euro pro Stunde sowie Dynamisierung. Entwicklung einer Zulage, die den individuellen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen entspricht. Verkürzung der Lebensarbeitszeit bei belastenden Diensten. Volle Gewährung der Wechselschichtzulage.



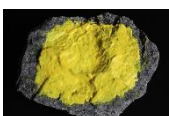
CDU: Wir werden die Zuschläge für Dienste zu ungünstigen Zeiten erhöhen und die Polizeizulage auf 200 Euro monatlich erhöhen. Außerdem soll diese ruhegehaltstfähig sein und zukünftig dynamisch angepasst werden.



SPD: Im Wesentlichen kann auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen werden. Unbestritten bleibt jedoch, dass die Höhe von Zulagen einer Anpassung bedarf. Hierbei stehen für die SPD jedoch neben der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten insbesondere Funktionszulagen wie beispielsweise die Taucherzulage und die Zulage für Hundeführer/-innen im Fokus. Zulagen und Entschädigungen für Polizei und Verfassungsschutz werden fortlaufend überprüft und, wenn nötig, dynamisch angepasst. Für die Sonn- und Feiertagsarbeit wird die SPD zudem die Zulage um 25 Prozent auf 4,00 Euro pro Stunde, für Samstagsarbeit um 50 Prozent auf 1,20 Euro pro Stunde und für sonstige Arbeit zur Nachtzeit um rund 33 Prozent auf 2,40 Euro anheben.



B'90/Grüne: Eine spürbare Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten wurde mit Inkrafttreten des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes zum 01. Januar 2017 vollzogen. Weitere Verbesserungen sind auch aus Sicht der GRÜNEN wünschenswert, müssen geprüft und nach Möglichkeit realisiert werden.



FDP: Die Freien Demokraten setzen sich bereits seit längerem für eine deutliche Anhebung der DuZ und Sonderzulagen ein. Um die Attraktivität des Polizeiberufs zu steigern, sollte diese Anhebung auf mindestens 4 Euro schnellstmöglich erfolgen. Ob die Zulage dynamisiert wird, soll im Zuge der Haushaltsberatungen 2019 diskutiert werden. Auch andere Zulagen müssen allerdings in den Blick genommen und angepasst werden.